



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGSPOLITIK

BAUMINISTERKONFERENZ
KONFERENZ
DER FÜR STÄDTETAG, BAU- UND WOHNUNGSWESEN
ZUSTÄNDIGEN
MINISTER UND SENATOREN DER LÄNDER (ARGEBAU)

Deutscher
Städtetag

DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Dokumentation Auftaktkongress, 2. Juli 2007, ewerk Berlin



Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Eine Initiative	4
Wolfgang Tiefensee	
Stadt – Wirtschaft – Länder: Fehlt der Politik eine klare städtische Dimension?	5
Dr. Otto Ebnet, Dr. Ulrich Maly, Lovro Mandac, Roland Schäfer, Jan Hofer (Moderation)	
Zukunft findet Stadt!	7
Matthias Horx	
Metropolen als Politikfeld	8
Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter	
Die ästhetische Dimension der Stadt	9
Prof. Dr. Gernot Böhme	
Forum I: Neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung	10
Frank Bielka, Hartmut Brocke, Dr. Peter Runkel, Bernadette Spinnen, Martin zur Nedden, Jan Hofer (Moderation)	
Forum II: Gemeinsam für die Stadt – Verantwortung in Kooperation	14
Dr. Ulrich Hatzfeld, Jürgen Leindecker, Dr. August Ortmeier, Michael von Zitzewitz, Prof. Peter Zlonicky, Luzia Braun (Moderation)	
Unsere Städte: Motoren der Modernisierung	18
Heidrun Bluhm, Patrick Döring, Franziska Eichstädt-Bohlig, Peter Götz, Petra Weis, Achim Großmann (Moderation)	
Schritte zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Ziele und Perspektiven	21
Dr. Engelbert Lütke Daldrup	

Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Eine Initiative

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Derzeit erleben die Städte eine Renaissance: die Menschen ziehen aus dem „Speckgürtel“ zurück in die Innenstädte, weil das Leben in der Stadt wieder attraktiv geworden ist. Die europäische Stadt ist in ihrer Vielfalt, Kompaktheit und Lebendigkeit einzigartig. Sie besitzt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Städten, in denen die Lebensbereiche Wohnen, Einkaufen, Arbeiten, Erholen stark separiert sind. Mit der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ wurde während der deutschen Ratspräsidentschaft von allen europäischen Stadtentwicklungsministern zugesichert, der städtischen Dimension eine besondere Bedeutung beizumessen. „Die urbane Stadt, die wir vor Augen haben, ist ein Pfund, das wir in die Waagschale werfen, um Globalisierung und Identität ins Gleichgewicht zu bringen und miteinander zu vereinen.“ Stadt muss auch Heimat sein können.

Dazu müssen gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung und Internationalisierung die Vielfalt der Städte bewahrt und die lokalen Besonderheiten hervorgehoben werden.

Städte müssen sich dabei mit Herausforderungen auseinandersetzen, die weit über sie selbst hinausweisen und die nur mit einer neuen Politik im nationalen und europäischen Kontext bewältigt werden können:

- Globalisierung: zwischen lokaler Identität und Integration von Zuwanderern
- Demografischer Wandel: Bevölkerungsrückgang und Wanderungen in Wachstumsregionen und schrumpfenden Städten, altengerechter Umbau von Wohnungen und Stadtquartieren

„Das Spannende daran ist, dass wir diese Antworten im Wettbewerb ... finden müssen. Wir in Europa müssen für uns klären, wie wir in Zeiten der Globalisierung Identität bewahren und schaffen können. Wie können wir einerseits Heimat und Verwurzelung erhalten und auf der anderen Seite Gastgeberqualitäten für Fremdes und Neues entwickeln – und das an ein und demselben Ort?“

Wolfgang Tiefensee

- Klimawandel
- Soziale Integration und regionaler Zusammenhalt
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren
- Finanzierung: Schärfung und Abstimmung der Förderpolitiken

„Wir wollen den Konzepten und Handlungen auf Landesebene und in den Kommunen eine nationale Dimension hinzufügen. Nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung. Wir wollen diese nationale Komponente hinzufügen, weil wir wissen, dass die Bundespolitik wichtige Rahmenbedingungen setzen kann und weil wir wissen, dass wir unsere Stadtentwicklungsprogramme deutlicher und genauer ausrichten müssen.“

Aber dazu brauchen wir ein Feedback und die Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort. Denn wir wissen auch: Es gibt nicht nur die eine integrierte Stadtpolitik, in der alle Akteure vor Ort zusammenarbeiten. Es muss auch eine Integration über die politischen Hierarchieebenen hinweg geben.“

Es geht dabei nicht um die unberechtigte Aneignung von Kompetenzen, sondern um Unterstützung im Sinne einer engen Kooperation. Hier sind nicht nur die Metropolen gemeint, sondern auch die kleinen, mittleren und größeren Städte, die sie umgebenden Regionen und ländlichen Räume, mit denen eine ernsthafte Verantwortungspartnerschaft angestrebt wird. „Beides ist mir wichtig, um in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Missverständnisse zu vermeiden.“

Dies darf sich aber nicht nur in stärkerer Verzahnung, Best-Practice und ähnlichem erschöpfen. Darüber hinaus wird eine neue Art von Öffentlichkeit für das Thema gebraucht. Die Chancen, aber auch die Gefährdungen, die mit städtischer Entwicklung und Regionalentwicklung zusammenhängen, sind in der öffentlichen Diskussion nicht ausreichend bekannt. „Wir sind jedoch auf die Öffentlichkeit angewiesen, wenn wir mehr Akzeptanz schaffen wollen. Aus diesem Grund legt die Nationale Stadtentwicklungspolitik auch besonderes Gewicht auf die Öffentlichkeitsarbeit.“

„Auch in diesem Sinne rufe ich Sie dazu auf, mit uns in die Diskussion einzutreten. Wir wollen hier ein Projekt in Gang setzen, bei dem wir Sie darum bitten, uns Ihre Erfahrungen in den Städten, Gemeinden und Regionen zur Verfügung zu stellen. Wir möchten Ihre Ideen kennen lernen. Alles das wollen wir zusammentragen, um es für alle nutzbar zu machen. So kann es uns gelingen, eine zentrale Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. So können wir unsere Städte als Orte der Identität, der Gastfreundschaft und als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung, der Integration und des guten Lebens voranbringen.“



Stadt – Wirtschaft – Länder: Fehlt der Politik eine klare städtische Dimension?

Podiumsdiskussion

Teilnehmende (v. l. n. r.)

Roland Schäfer,

Bürgermeister Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

Lovro Mandac,

Vorstandsvorsitzender der Kaufhof Warenhaus AG, Köln

Jan Hofer (Moderation),

Journalist und Chefsprecher der „Tagesschau“

Dr. Ulrich Maly,

Oberbürgermeister Nürnberg, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags

Dr. Otto Ebnet,

Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, stellvertretender Vorsitzender der Bauministerkonferenz, Schwerin



Die Transformation der Städte wird zukünftig sowohl stark durch den demografischen Wandel („weniger, älter, bunter“) als auch von einer Vielzahl anderer Trends geprägt sein. So werden sich gravierende Veränderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vollziehen, die insbesondere in den Städten wirksam werden.

Dazu gehören ein starker Rückgang traditioneller Erwerbsarbeit, die Individualisierung der Lebensrisiken, eine zunehmende Umweltvorsorge und die weiter steigende Bedeutung von Bildung, Forschung und Innovation. Es ist davon auszugehen, dass angesichts der angespannten Situation der kommunalen Finanzen eine verstärkte partnerschaftliche Organisation sowohl innerhalb der einzelnen Kommunen als auch zwischen den Kommunen unumgänglich sein wird.

Mit der Frage „Fehlt der Politik eine klare städtische Dimension?“ wurden die kommenden Herausforderungen, die Rolle der politischen und wirtschaftlichen Akteure und die Strategien einer auf Kooperation angelegten Stadtentwicklungspolitik und ihrer Interventionsmöglichkeiten beleuchtet.

Die besondere Situation in den benachteiligten Quartieren

Roland Schäfer: „Das Thema Integration ist keineswegs nur ein Thema der großen Metropolen. Gerade auch in den mittleren Städten haben wir das Problem eines hohen Ausländeranteils in den Städten. Es wird noch verstärkt durch das Thema demografischer Wandel. Natürlich wird es wichtiger sein, die Kinder aus der ausländischen Bevölkerung zu fördern, zu bilden und einzubinden, um dieses Potential nicht noch weiter zu vergeuden. Das ist ein Thema für „Soziale Stadt“, aber auch ein Thema für die Stadtentwicklung insgesamt.“

Deswegen begrüße ich so etwas wie „Soziale Stadt“, dass wir uns einfach mit diesem Thema auf einer breiten Ebene auch unterstützt durch Ministerien und Wissenschaft beschäftigen können. In der Vergangenheit haben wir Kommunen uns mit diesem Thema häufig allein gelassen gefühlt.“

Stadtentwicklung baut auf die Kooperation der Akteure

Lovro Mandac: „Ein Kaufhof allein kann es nicht leisten, eine Stadt mit Handel zu versorgen. Dazu brauchen wir die Kooperation aller Beteiligten. Das ist für uns sehr, sehr wichtig. Und es macht auch sehr viel der Unterschiedlichkeit der Städte aus.“

Die Förderpolitik: flexibel und planbar

Roland Schäfer: „Im Bereich Stadtentwicklung kann man zwar eine Menge mit Phantasie, ehrenamtlichem Engagement, Sponsoren ausrichten, mit Mobilisierung des örtlichen Einzelhandels, Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende, von bürgerlichen Gruppen. Da kann man sehr viel machen, man muss es auch tun. Nur letztlich brauchen Sie, wenn Sie in einem größeren Umfang was tun wollen, wenn Sie überholte Strukturen verbessern wollen, einfach Geld. Das ist platt, aber es ist so. Von daher sind Förderprogramme wichtig. Wir hoffen darauf, dass auch in Zukunft die Unterstützung kommen wird, sowohl von der Bundesebene als auch von der Landesebene. Wir brauchen beide Ebenen, die uns hier helfen.“

Podiumsdiskussion

Dr. Otto Ebnet: „Bei der Städtebauförderung sind zwei Wünsche von Ländersseite immer ganz wichtig. Weil jede Stadt andere Probleme hat und jede Stadt anders aussieht, muss ein möglichst flexibler Mitteleinsatz stattfinden. Zweitens: Stadtentwicklung ist langfristig angelegt. Ein Programm mit einer Laufzeit von zwei oder drei Jahren bringt einfach nicht die gewünschten Effekte. Entwicklungsprozesse laufen langfristig ab. Und genauso langfristig müssen Programme angelegt sein.“

Strategie der Stadtentwicklungspolitik

Roland Schäfer: „Man muss innerhalb der eigenen Stadt sehen, dass man für gewollte Stadtentwicklungsprojekte auch politisch kämpft und die

entsprechenden Mehrheiten im Rat zusammen bekommt. Dazu kommen natürlich die Inhalte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Best-Practice-Beispiele, das wird gebraucht. Wir haben viele kleine, mittlere Städte, da sitzen auch engagierte Mitarbeiter, aber denen darf man das Leben nicht zu schwer machen, sondern die Wege an die wichtigen Informationen müssen erleichtert werden. Lernen vom Ausland, das kann im Grunde nur der Bund organisieren.“

Dr. Ulrich Maly: „Wenn ich heute Stadtentwicklungspolitik in einem Stadtquartier mache, dann brauche ich nicht nur das Bundesbauministerium. Dann brauche ich mindestens noch das Arbeitsministerium dazu, weil ich in der Regel noch Probleme habe mit der Beschäftigung, dann aus dem jeweiligen Bundesland den zuständigen Schulminister, weil wir vermutlich dort Schulen haben, die relativ schlechte Übertrittsquoten haben, und vieles andere mehr. Das Bundesbauministerium lebt in der Tradition dieses sektorenübergreifenden Ansatzes. Und darin liegt meines Erachtens die Chance einer Neuformulierung von nationaler Stadtentwicklungspolitik, nicht etwa in irgendeiner Vereinheitlichung.“

Lovro Mandac: „Wir haben viel zu wenig – und das ist eine deutliche Aufforderung an alle Kommunen, auch an uns –, wir haben zu wenig mit den Kommunen darüber diskutiert, was der Handel eigentlich bedeutet für eine Stadt. Und hier gibt es viel zu wenig Kommunikation zwischen den Städten und den Händlern.“

Dr. Ulrich Maly: „Wenn wir das Gemeinwesen stärken wollen, die lokale Identität, gerne auch mit dem vielleicht angestaubten Begriff des Heimatgefühls, dann müssen wir in den Diskurs treten, Bilder entwickeln, Ideen entwickeln, wohin sich unsere Stadt entwickeln soll, und das dann mit den Akteuren – und es sind weit mehr als die, die heute hier sind – gemeinsam entwickeln.“

Dr. Otto Ebnet: „Die Leute wollen zurück in die Stadt, ganz besonders in die Innenstadtlagen, weil sie bestimmte Bedürfnisse haben. Dazu gehört, seinen Arzt in der Nähe zu haben, eine Apotheke um die Ecke, kulturelle Einrichtungen in unmittelbarer Nähe. Das hat auch mit den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft zu tun.“

Dr. Ulrich Maly: „In der Europäischen Union hat man nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden erkannt, dass man sich in der regionalen Ebene verwurzeln muss, weil die Menschen sonst nicht mehr verstehen, was Europa bedeutet.“

Roland Schäfer, Lovro Mandac und Jan Hofer



Dr. Ulrich Maly und Dr. Otto Ebnet



Zukunft findet Stadt!

Matthias Horx, Zukunftsinstitut Horx GmbH, Kelkheim/Wien

Trend- und Zukunftsforschung beschäftigt sich seit vielen Jahren auch mit der Frage von Stadt- und Regionalentwicklung. Hier soll es um das Phänomen der Stadt, der Evolution der Stadt – und das ist natürlich verbunden mit der Evolution von Gesellschaft – gehen, im Fokus unsere europäische, kontinentaleuropäische Sicht, aber natürlich auch darüber hinaus: „Wir können die Geschichte der Zivilisation im Wesentlichen als eine Urbanisierungsgeschichte verstehen.“

Heute befinden wir uns – nach den ersten Dorfgesellschaften und Städten und der Transformation zur Industriegesellschaft – in einer dritten großen Transformation der industriellen Städte und Agglomerationen hin zur Wissensökonomie mit einer soziokulturellen Urbanisierung. Im Mittelpunkt der Wertschöpfung stehen nicht mehr die Herstellung vieler gleicher Güter, sondern Services und Innovation. Diese „Produkte“ befinden sich in einer internationalen Konkurrenz, die starke Auswirkungen auf die Entwicklung und Transformation der Städte hat. Die Globalisierung ist stark verbunden mit dem Prozess der Urbanisierung und Verstädterung und wird zunehmend geprägt vom demografischen Wandel. Die Grundtendenz der Zivilisation besteht darin, dass Wanderung in die Stadt zu einem Wohlstandsmodell führt. Wenn dieser Prozess aber zu schnell verläuft und nicht ausreichend Unterstützung erfährt, entstehen Turbulenzen und Verelendung in den Städten.

Welche Faktoren sind die entscheidenden Impulse für die Entwicklung der Städte?

- Veränderung der Geburtenrate: die durch die Verstädterung weltweit deutlich gefallen Geburtenraten lassen bei einer für 2060 zu erwartenden Bevölkerung von 9 Mrd. Menschen eine Versorgung mit Nahrung und Energie als machbar erscheinen. „Wenn die Menschen in die Stadt gehen, dann fallen die Geburtenraten bereits innerhalb einer Generation deutlich.“
- Globalisierung und Glokalisierung: während Nationalstaaten in der globalisierten Welt eher an Bedeutung verlieren, gewinnen die Regionen: Konkurrenz zwischen Städten und Regionen, Notwendigkeit von Verwurzelung und Heimat.
- In Deutschland beginnt eine Entwicklung hin zu regionalen Clustern: Die Regionen setzen sich spezifische Schwerpunkte für die zukünftige Entwicklung, definieren sich über Alleinstellungsmerkmale, verbessern diese gezielt, um den Bevölkerungsverlust und den Kaufkraftverlust auszugleichen. Eine „Gleichheits-

politik“ in Regional- und Stadtentwicklung hat wenig Erfolgsaussichten: „Wir wissen, wenn die Produkte immer gleicher werden, werden die Menschen sie nicht mehr kaufen. Und in Zukunft bedeutet Regionenpolitik auch, die Region verkaufen zu können. Und dann muss man sagen können: was haben wir, was andere nicht haben?“

- Veränderungen der Arbeitswelt: In der Wissensökonomie entstehen andere Wertschöpfungssysteme. Der Wert des Humankapitals übersteigt zunehmend den Wert der Produktion(sarbeit), den größten Zuwachs hat der Dienstleistungssektor. Eine neue Gruppe von Beschäftigten entsteht: die kreative Klasse, die einen erheblichen Wachstumseinfluss auf die städtische Ökonomie und die städtische Entwicklung ausübt.
- Veränderung der Haushaltsstruktur: Individualisierung der Lebensverhältnisse und Veränderung von Lebensphasen schaffen neue Lebenskonstruktionen, Differenzierung der zeitlichen Ebenen. Es gibt durch veränderte pluralistische Partnerschaftsmodelle, Verlängerung der Ruhestandserlebensphase durch Erhöhung der Lebenserwartung, berufliche Orientierung etc. keine zeitlich lineare Abfolge mehr. Der Umgang mit den neuen Anforderungen wird nur möglich durch netzwerkhafte Formen in lebendigen Städten.

Damit eng verbunden sind die Veränderungen in der Wohn- und Lebensstruktur: Es entwickeln sich Orte des Wohnens, des Arbeitens und „third places“, an denen vieles verbunden ist: Cafés, Home-tels, offene Architektur für mobile Menschen, der Umzug aus den Speckgürteln zurück in die Innenstädte, intergeneratives Wohnen.

Die kreative Stadt wird das entscheidende Wachstumspotential der Zukunft aufweisen. Wachstumsunterschiede von bis zu 10 % in der Dynamik von Zuzug, demografischer Struktur und Wirtschaftsmacht wurden zwischen den alten industriellen niedergehenden Städten und den neuen kreativen Großstädten der USA festgestellt. „Die Stadt der Zukunft vereint wieder jene menschlichen Sphären, die die industrielle Revolution zerrissen hatte. Die Topographien von Arbeit, Lernen, Spielen, Familie, Muße, Geselligkeit und Konsum gehen organisch ineinander über und ergänzen sich auf ganzheitliche Art und Weise. Die neuen Städte vereinen Stadt und Natur, integrieren Infrastruktur, verbinden Mobilität mit Services.“ Die Zukunft besteht in einer Vision der integrativen Stadt des Wissenszeitalters, in der die einzelnen Bereiche wieder näher zusammenkommen.



„Je größer und nachhaltiger die Vernetzung der Welt wird, desto wichtiger werden die Knotenpunkte, die Regionen, die Einzelteile dieses Unternehmens. Oder anders ausgedrückt: Die Nationalstaaten verlieren in der globalisierten Welt, die Regionen gewinnen an Bedeutung. Daraus erfolgt ein Novum: das Entstehen regionaler Wirtschaftsräume und ein Trend zur Formierung von Regionenbündeln. Das bedeutet, dass Städte teilweise in Regionen aufgehen und dass so auch eine Konkurrenz zu klassischen metropolhaften Städten entsteht.“

Matthias Horx

Metropolen als Politikfeld

Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter, Oberbaudirektor, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg



Neue Kommunikationstechnologien und die Entwicklung zur Informationsgesellschaft lösen fundamentale Veränderungen – Probleme und Chancen – für die Städte aus. Der Wettbewerb, in dem sich die Städte befinden, spielt sich nicht mehr nur auf nationaler und europäischer Ebene ab, sondern wird international ausgetragen. Das Städtetz muss sich für diese Aufgabe neu organisieren. Zusätzlich hat sich die Geschwindigkeit z. B. bei Standortverlagerungen mit erheblicher Auswirkung auf die lokale Wirtschaft und somit auch auf die Städte und Metropolen massiv erhöht.

Die weltweite Entstehung von Global Cities und Megacities führt zu neuen Konzentrationsprozessen. In Deutschland gibt es aber keine Global Cities, sondern es dominiert eine kleinteilige, dezentrale Städtestruktur. Dies muss aber kein Nachteil sein: es sollte vielmehr genau untersucht werden, welche Chancen und Vorteile vorhanden sind, um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. „Und da muss man gar nicht so pessimistisch sein, da wir mit diesem Städte-system immer noch national und international eine der führenden Weltökonomien haben, sogar Exportweltmeister sind, also nicht nur Schwächen mit diesem System verbunden sind. Wir müssen dieses Städte-system und das Thema der kleineren Metropolen oder Städte in den Vordergrund stellen: Wie können wir mit diesem System vor dem Hintergrund der Fragen, die uns beschäftigen, umgehen?“

Insbesondere die europäischen Städte besitzen ein hohes Maß an Lebensqualität und haben die Möglichkeit, ein Gefühl von Heimat und Geborgenheit zu vermitteln. Es besteht jedoch noch großer Handlungsbedarf, besonders im Bereich der Integration von Zuwanderern und der Ausstrahlung nach außen:

- Internationale Stadtgesellschaft: Zur Integration von Zuwanderern in die Stadtgesellschaft gibt es keine Alternative. „Wer es nicht schafft, kreative Klassen auch aus anderen Nationen zu integrieren, der wird eher zu den Verlierern gehören.“
- Die internationale Wahrnehmung von Städten bedarf großer Ausstrahlungsprojekte, um die Bedeutung auf internationaler Ebene zu verstärken.

Städte müssen zunehmend Antworten für die Herausforderungen des demografischen Wandels finden. Dies betrifft den altersgerechten wie den familiengerechten Umbau der Städte, wobei die Thematik in Stadt und Land differenziert zu betrachten ist:

- Zum altersgerechtem Umbau spielen auf dem Land vor allem die Mobilitäts- und Versorgungsfragen eine große Rolle, in den Städten hingegen steht der Umbau der technischen Infrastruktur und der Wohnungsbestände im Mittelpunkt.
- Der familiengerechte Umbau der Städte umfasst die Bewahrung und Verbesserung einer guten Bildungslandschaft, die Schaffung eines familiengerechten Umfeldes mit Grün und Spielplätzen und die Stärkung von Wissenschaft und Kultur.

Weitere Schwerpunktthemen der Stadtentwicklungspolitik sind der Umbau, die Sanierung und die Steigerung der Leistungsfähigkeit bei technischen Infrastruktureinrichtungen (qualifizierte Erneuerung), die Konzentration und Verknüpfung von Bildung, Wissenschaft und Kultur in den Städten (z. B. Öffnung der Schulen und Ausbau als Kulturplattform und Stadtteilzentrum zur Integration und zum kulturellem Austausch) sowie die stärkere Einbindung der lokalen Wirtschaft in die Stadtentwicklungspolitik. Wir brauchen eine verstärkte Energieeinsparung und CO₂-Reduzierung. Mit dem Grün in der Stadt muss ein wichtiges Qualitätsmerkmal der europäischen Städte entwickelt werden, Naturräume müssen auch über die Stadtgrenzen hinaus gestärkt und erhalten werden (Einbeziehung der Landwirtschaft und des Naturschutzes).

Die Grundlage für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben liegt in der partnerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Kooperation zwischen Kommunen, Ländern und Bund.

„Entscheidend bei der Stadtpolitik bleiben für die nächsten Jahre zwei große inhaltliche Themen: der altersgerechte Umbau und die Schaffung familiengerechter Voraussetzungen in unseren Städten.“

Prof. Dipl.-Ing. Jörn Walter



Die ästhetische Dimension der Stadt

Prof. Dr. Gernot Böhme, Prof. em. der TU Darmstadt, Direktor des Instituts für Praxis der Philosophie e.V., IPPh

In der Alltagssprache bezeichnet der Begriff Ästhetik eine Verschönerung, der Gebrauch ist vielfach adjektivisch und geht fließend über in die Ästhetisierung. Das griechische Wort *aesthesis* ist umfassender und bedeutet sinnliche und emotionale Wahrnehmung. Ende des 18. Jahrhunderts setzte eine Entwicklung ein, die das Ästhetische auf das Schöne verengt hat: die Landschaftsplanung der englischen Gärten erweiterte den Begriff um „das Charakteristische“, das auf den Betrachter einen besonderen Eindruck macht.

In der Diskussion über Stadt bedeutet das Ästhetische ihren Ausdruck, die Atmosphäre der Stadt. Die Atmosphäre wird durch Fremde/Besucher ebenso wie durch die Bewohner wahrgenommen. Dabei bildet sich die Atmosphäre als etwas zwischen objektiven Qualitäten und dem Befinden des Individuums, das sich in der Stadt bewegt. Objektive Qualitäten wie Materialien (Bodenbeläge, Gebäude), Beleuchtung, Farben, Gerüche beeinflussen die Wahrnehmung und das Befinden der Menschen.

Die ästhetische Dimension einer Stadt ist eigentlich ihre Atmosphäre, die durch die objektiven Bedingungen geprägt wird:

- Das Visuelle – das Flüchtige, das Vergängliche, so z. B. die Beleuchtung und die Lichtverhältnisse (auch Jahres- und Tageszeiten)
- Das Akustische – durch akustische Geräusche wird ein Raum charakteristisch geprägt, so haben Geräusche einen starken Einfluss auf das Wohlempfinden und die Erfahrung von Heimat.

- Das Riechen: Gerüche spiegeln Jahreszeiten wider oder sind Ausdruck bestimmter Lebens- und Essgewohnheiten. Auch Bewegung stellt eine Dimension der Atmosphäre und somit der Wahrnehmung dar.

- Die Bewegung: vielfältige Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt schaffen unterschiedliche Wahrnehmungen

„Die ästhetische Dimension der Stadt ist für das „Wie“ des Lebens in der Stadt verantwortlich, etwas, was man sonst Urbanität nennt. Ich glaube, dass es für die kommende Stadt wichtig ist, dass sie sich in charakteristische Quartiere teilt und dass diese Orte, in denen man lebt, eine Autarkie haben, d. h. dass alles, was man zum unmittelbaren Leben braucht, dort auch in Fußgänger- oder Fahrradnähe zu erreichen ist, und dass diese Quartiere einen erkennbaren Charakter haben für die, die dort wohnen, bzw. auch diejenigen, die vielleicht touristisch oder sich aus anderen Gründen durch die Stadt bewegen.“

Ästhetik hat auch eine zeitliche Dimension, die die Historie eines Ortes genauso wie dessen Zukunftsperspektive umfasst und erlebbar macht.

„Die Atmosphäre, die der Bewohner einer Stadt täglich einatmet, ist natürlich dasjenige, was seine Grundbefindlichkeit und sein Lebensgefühl in dieser Stadt ganz wesentlich prägt.“

Prof. Dr. Gernot Böhme



Forum I: Neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung

Diskussionsrunde

Teilnehmende (v. l. n. r.)

Martin zur Nedden,
Bürgermeister und Stadtbaurat Leipzig,
Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses
des Deutschen Städtetags

Bernadette Spinnen,
Stadt Münster – Münster Marketing

Jan Hofer (Moderation),
Journalist und Chefsprecher der „Tagesschau“

Dr. Peter Runkel,
Bundesministerium für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung, Berlin

Hartmut Brocke,
Vorstandsvorsitzender Stiftung Sozialpädago-
gisches Institut „Walter May“, Berlin

Frank Bielka,
Mitglied des Vorstands der Deutschen
Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus,
Berlin



Zu den Hauptaufgaben einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik gehört die Weiterentwicklung der nationalen Förderprogramme (Sanierung und Entwicklung, „Soziale Stadt“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, Stadtumbau). Im Bereich der Städtebauförderung stehen daher erhebliche Veränderungen bevor. In allen Förderprogrammen muss ein stringenter Problembefug öffentlicher Investitionen hergestellt werden: Es muss laufend geprüft werden, ob die sehr knappen öffentlichen Mittel tatsächlich schnell in die Bedarfsschwerpunkte fließen. Parallel dazu sind die Formen der öffentlichen Unterstützung (z. B. das Verhältnis von Darlehen und Zuschüssen oder von investiven und nicht-investiven Maßnahmen) zu untersuchen.

Neben einer Weiterentwicklung der Förderprogramme ist eine integrierte Betrachtung und zielgenaue Ausgestaltung aller Politikbereiche, die

Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben, ein wichtiges Handlungsfeld der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Bei einer sektoralen Optimierung geraten die oft durch komplexe Rückkopplungs- oder Kumulierungseffekte verstärkten Auswirkungen auf die Stadtentwicklung aus dem Blickfeld. Der Wirkungsgrad und die Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Stadtentwicklungspolitik können durch „Nebenwirkungen“ anderer Politikbereiche wie z. B. der Steuerpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik oder der Umweltpolitik stark beeinflusst werden.

Strategien und Förderprogramme

Dr. Peter Runkel: „Stadtentwicklung ist integrierte Politik. Es ist der Versuch, den Raum, das Stadtquartier in den Mittelpunkt zu stellen und dann die darin notwendigen Aktivitäten in zeitli-



cher, in räumlicher und finanzieller Hinsicht zusammen zu sehen und zu bündeln. Das beginnt bei den Programmen der EU. Da muss man schauen, dass die Strukturfonds mit den Sozialfonds auch räumlich verbunden eingesetzt werden können. Der Bund muss dort, wo er Programme unmittelbar beeinflusst und Entscheidungen trifft, wo die Mittel eingesetzt werden, für eine Bündelung sorgen. Das ist genauso auch Aufgabe der Länder. Und es ist eine entscheidende Aufgabe auf kommunaler Ebene, die dort erforderlichen Maßnahmen und verschiedenen Programme für das jeweilige Quartier zu bündeln und zum Einsatz zu bringen.“

Martin zur Nedden: „Wir müssen als Stadt damit umgehen, dass es auf den Ebenen EU, Bund, Land eine ganz breite Palette von Förderprogrammen gibt, die sich in vielen Dingen auch unterscheiden:

in Zeitabläufen, Förderperioden, in Zuteilungstranchen etc. Gleichzeitig müssen wir unseren kommunalen Haushalt, geprägt von knappen Mitteln, auch wiederum darauf einstellen, so dass hier inhaltliches und finanzielles Management zusammenfließen. Es ergibt sich ein erheblicher Koordinierungsaufwand. Größere Bündelungsmöglichkeiten wären sinnvoll.“

Hartmut Brocke: „Man sollte es nicht sektoral organisieren und auf einzelne Programme schieben und darauf bestehen: hier haben wir das Gesundheitsprogramm, das Kriminalpräventionsprogramm usw. Mit der „Sozialen Stadt“ und den Partnerprogrammen ist festgestellt worden, dass eine integrierte Perspektive erforderlich ist. Es sind z. B. Raumhaushalte oder -Budgets denkbar, mit denen gemeinsam gesetzte Ziele erreicht werden könnten.“

Diskussionsrunde

Frank Bielka: „Für uns ist es ein wichtiger Punkt, dass die Arbeit in den Quartieren immer weniger aus baulicher oder städtebaulicher Sicht beeinflusst wird. Es wird ja auch in den Programmen deutlich, dass sie in den letzten Jahren Schwerpunktverschiebungen erfahren haben. Und ich glaube, diesen Schwerpunkt muss man noch weiter verschieben. Wir haben es heute in erster Linie mit sozialen Problemen in Quartieren zu tun. Die baulichen Defizite mögen vorhanden sein, aber sie sind nicht der Schwerpunkt der Probleme.“



Martin zur Nedden und Bernadette Spinnen

Martin zur Nedden: „Was wir in Zukunft noch stärker brauchen, sind Programme, die wir flexibel anwenden können, abgestellt auf die sehr differenzierten Gegebenheiten vor Ort in den Quartieren.“

Dr. Peter Runkel: „Der Erfolg des Programms „Soziale Stadt“ wird in den Programmgebieten generiert. Warum ist es so erfolgreich? Einmal, weil die Politik gesagt hat, wir kümmern uns auch um strukturschwache Stadtquartiere, was wir dann in der Leipzig-Charta für Europa insgesamt als eine wichtige Aufgabe bezeichnet haben. Und es ist der Nachweis erbracht worden, dass man auch in schwierigen Stadtquartieren erfolgreiche Stadtraumpolitik betreiben kann. Es hat fast überall eine deutliche Stabilisierung gegeben. In den Quartieren ist das Bewusstsein entstanden, dass man sich selbst um die Probleme kümmern muss und sich einbringen muss.“

Die Bedeutung der Prozessqualität

Bernadette Spinnen: „Die erste Bedingung dafür, dass sich ein neues Denken in den Strukturen von Stadtpolitik und -verwaltung durchsetzen lässt, ist der erklärte Wille der Stadtspitze zu dieser Entwicklung. Man braucht dazu außerdem viele Partner, die in der Lage sind, nicht mehr in Resorts, sondern in Prozessen zu denken.“

Martin zur Nedden: „Verwaltung muss sich in der Hinsicht immer weiterentwickeln. Aber ich denke, es bedarf eben auch der entsprechenden konzeptionellen Ansätze. Und da ist der Bereich Stadtentwicklung in erster Linie gefordert. Wir sind im Moment dabei, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept zu erarbeiten, und haben nicht nur eine inhaltliche Koordination zwischen den einzelnen Aktionsbereichen der Stadt aufgebaut, sondern wollen damit auch gleichzeitig den Einsatz der verschiedenen Förderprogramme optimieren.“

Bernadette Spinnen: „Ich halte Stadtmarketing und Stadtentwicklung für Verwaltungsreformen, ohne dass sie als solche daher kommen. Ihr Charme und ihre Kraft liegen gerade darin, dass ihr Ziel nicht in erster Linie die Reform der Verwaltungsstrukturen ist. Ihr Ziel sind vielmehr Lösungen für die komplexen Probleme einer Stadt, die dann aufgehen, wenn kooperativ und prozessorientiert gearbeitet wird.“

Frank Bielka: „Gerade kommunale Unternehmen haben eine ganz wichtige Vorbildfunktion, etwa bei Fragen des Klimaschutzes, der Wärmedämmung, der Einsparung von Energie. Eine Vorbildwirkung haben sie auch bei der Frage der Einbeziehung Älterer oder auch bei Integrationsfragen.“

Hartmut Brocke: „Der entscheidende Punkt ist, dass man sich von der alten Vorstellung verabschiedet, nur die Experten könnten planen. Man muss mit den Bürgerinnen und Bürgern von der Stadtplanung zur Stadtverwaltung kommen, bei der auch die Bürger entscheiden, ob das, was dort gemacht wird, gut ist.“

Benachteiligte Quartiere: es geht um sozialen Ausgleich und Chancensicherung

Hartmut Brocke: „Es gibt keinen Masterplan, wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Städte sich unterschiedlich entwickeln. Das Thema, das uns, die Wohlfahrtspflege oder die Kinder- und Jugendhilfe umtreibt, ist: Wie sind die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen? Und wie können wir das ausgleichen bzw. welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit diese

Kinder auch Zukunftschancen haben. Das ist mein Thema. Und das geht ohne die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich des Städtebaus nicht. Das geht ohne Polizei nicht. Das geht ohne Schule nicht. Das heißt, die Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner sind so komplex, dass es eben nicht nur ein Fachressort oder eine Fachpolitik erledigen kann.“

Frank Bielka: „Wir denken, dass das Bildungsthema von zentraler Bedeutung ist. Wir haben gerade bei Migranten einen hohen Bedarf nach schulischer Bildung. Das heißt: wenn es nicht gelingt, diese Kinder und jungen Leute wirklich zu integrieren, werden wir zukünftig einen Riesenverlust an Humankapital haben. Wir werden damit auch viele schwierige soziale Auseinandersetzungen produzieren. Für Quartiere ist die Bildungsfrage von einer ganz entscheidenden Bedeutung und das Trainieren von sozialen Techniken.“

Hartmut Brocke: „Dialog setzt nach meinem Verständnis voraus, dass man davon ausgeht, dass der andere recht haben könnte, sonst wäre es kein Dialog. Und dann gibt es Positionen, die ich auch sehr gut verstehe, wenn man sich die unterschiedlichen Rollenverständnisse da anguckt und sagt, das kann doch wohl nicht wahr sein, was hier für ein Frauenbild reproduziert wird, das können wir hier in Deutschland nicht akzeptieren. Kann man auch nicht. Und das ist der Kern der Auseinandersetzung von Integrationsarbeit vor Ort, dass man sich darüber unterhält, dass man sich darüber austauscht, dass man das Verständnis auch bei



Dr. Peter Runkel und Hartmut Brocke

den Eltern mit Migrationsgeschichte deutlich macht, dass die hier lebenden Kinder Fähigkeiten und Fertigkeiten brauchen, um hier zu bestehen.“

Frank Bielka: „Wir reden über Segregation, wir reden uns unterschiedliche Quartiere schön und sagen, das ist ja ganz wundervoll, wenn die alle unterschiedlich sind. Ich bin eher der Meinung, dass es immer noch bei aller Unterschiedlichkeit auf einen gewissen Grundkonsens zur Durchmischung der Quartiere ankommt.“



Frank Bielka

Forum II: Gemeinsam für die Stadt – Verantwortung in Kooperation

Diskussionsrunde

Teilnehmende (v. l. n. r.)

Dr. Ulrich Hatzfeld,

Leiter Unterabteilung Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Jürgen Leindecker,

1. Beigeordneter des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Luzia Braun (Moderation),

Moderatorin des ZDF-Kulturmagazins „aspekte“

Dr. August Ortmeier,

Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin

Prof. Peter Zlonicky,

Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München

Michael von Zitzewitz,

Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt GmbH



Städte, ihr Wachsen oder ihr Niedergang, ihre Probleme und Chancen und die Bedingungen ihres Funktionierens stehen nur sehr selten im Mittelpunkt öffentlichen Gesprächs. Eine solche öffentliche Diskussion ist jedoch für ein verstärktes Engagement von Wirtschaft und Bürgergesellschaft in Fragen der urbanen Entwicklung unabdingbar. Um eine größere Aufmerksamkeit für den komplexen Gegenstand „Stadt“ zu erhalten, gibt es verschiedene kommunikative Ansätze:

- die Entwicklung „neuer Themen“ oder „neuer Partnerschaften“
- die Inszenierung öffentlichkeitswirksamer „Events“ im urbanen Umfeld
- das Aufzeigen und die Inszenierung von Verbindungen zu anderen Themen

Einen besonderen Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion könnten dabei die Strategien zu einer verstärkten Kooperation mit den Bürgern, der Wirtschaft oder auch der Wissenschaft sein. Folgende Fragen sind gestellt: Welche Handlungsfelder der Stadtentwicklung können durch zivilgesellschaftliches Engagement sinn- und wirkungsvoll vorangebracht werden? Wie können insbesondere Bürgerinnen und Bürger über Stadtentwicklungspolitik besser informiert und zum persönlichen Engagement motiviert werden? Welche neuen Partner lassen sich für langfristige Stadtentwicklungsstrategien gewinnen? Wie kann ein breites Bündnis der verantwortlichen Akteure gefestigt und damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden?



Ein neuer Kommunikationsansatz

Dr. Ulrich Hatzfeld: „Der nationalen Stadtentwicklungspolitik geht es nicht darum, die Förderprogramme, die wir haben, wie etwa die „Soziale Stadt“, den Stadtbau oder den „Städtebaulichen Denkmalschutz“ zu ersetzen oder um ein neues Programm zu ergänzen, vielmehr müssen diese Aktivitäten zusammen mit den Ländern und den Kommunen zu einem neuen Kommunikationsansatz entwickelt werden. Die Frage lautet: ist es sinnvoll oder vielleicht sogar notwendig, dass wir uns gemeinsam auf allen Ebenen anstrengen, Stadt zum öffentlichen Thema zu machen? Letztendlich wollen wir das erreichen, was wir eigentlich ja doch alle wollen: mehr Engagement der Bürgerinnen und Bürger, mehr Engagement der Unternehmen, mehr Verantwortlichkeit der Unternehmen für ihre Standorte. Wie kommen wir dahin? Die Idee – das ist die Grundidee auch dieser Veranstaltung – besteht darin, eine Plattform, eine Basis zu bilden, auf der wir eine Diskussion darüber führen können, wo die Stadt der gemeinsamen Zukunft liegt und wie wir dort hinkommen.“

Prof. Peter Zlonicky: „Erstens: Stadtplanung ist ein Kooperationsprojekt. Und wenn ich das isoliert nur auf mein Fach hin bearbeite, dann werde ich nicht das erzielen, was erst durch die Kooperation mit anderen möglich wird. Kooperationsprojekt – damit die Raublindheit auch von anderen Programmen überwunden wird und wir gemeinsam die Dinge anpacken können. Zweitens: ein Projekt, das nur mit Beteiligung derer funktioniert, um die es in der Stadt überhaupt geht. Das sind nicht nur die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen, sondern das sind alle Organisationen, die sich um Stadt kümmern, die das ehrenamtlich tun können. Drittens: die Rolle der Stadtplaner selbst hat sich dramatisch verändert, das Plänezeichnen findet am Rande statt. Soweit es gesetzlich notwendig und vorgeschrieben ist, wird es noch geleistet. Ansonsten ist es die Aufgabe der Stadtplanung, das Gespräch über Stadt und die Kooperationsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten, Prozesse zu moderieren. Und vor jeder Baukultur steht eigentlich eine Verfahrenskultur. Das zu lernen, das ist heute die Aufgabe der Stadtplanung.“

Diskussionsrunde



Luzia Braun

Die Städte müssen sich profilieren...

Jürgen Leindecker: „Das größte Problem einer Stadt ist es zunächst, sich selbst Gedanken darüber zu machen, wo sie hin will. Sie muss eine Vision entwickeln. Ob man in einer schrumpfenden oder wachsenden Stadt lebt, ist da zunächst mal völlig egal. Wenn wir beispielsweise mit der IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 insbesondere die Profilierung der Städte zu erreichen versuchen, dann geht es darum, einen Rahmen zu schaffen, an dem sich eine Stadt orientieren, an dem sich Gewerbe und Mittelstand genauso orientieren kann, um eine Entwicklung für eine mittlere Frist einzuleiten.“

Prof. Peter Zlonicky: „Mit Sicherheit sind die Städte hier in der Klemme. Auf der einen Seite versuchen sie, sich konkurrenzfähig zu machen, indem sie möglichst gute Erfolgsrezepte für sich adaptieren. Und auf der anderen Seite wissen sie, dass sie in der Konkurrenz nur bestehen können, wenn sie ihre Unterschiede qualifizieren. Da ist es die Herausforderung, darüber nachzudenken, wie man Städte unterstützen kann, ihre unterschiedlichen Qualitäten herauszuarbeiten.“

Dr. August Ortmeier: „Die Stadt muss sich nicht darüber Gedanken machen, wie ein Unternehmen der Stadt auf dem Weltmarkt besteht. Das kriegen die schon selbst hin. Eine Stadt muss sich aber darüber Gedanken machen, wie die Standortvoraussetzungen für diese Unternehmen verändert und verbessert werden müssen. Das, was für die Unternehmen auf dem Markt gilt, dass sie nämlich die Entwicklung rechtzeitig antizipieren, dass sie schnell handeln, dass sie investieren, das gilt natürlich auch für eine Stadt.“

Die Zusammenarbeit mit den Bürgern und der Wirtschaft

Dr. Ulrich Hatzfeld: „Nachhaltiges Engagement wächst langfristig und vor allem dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger in ihren eigenen Interessen angesprochen werden und sie selber handeln können. So besteht etwa das Geheimnis der „Sozialen Stadt“ darin, dass es in diesem Programm – nicht überall, aber sehr viel häufiger als sonst – gelungen ist, die Menschen mit dem, was sie wollen, ernst zu nehmen, sie selber machen zu lassen. Wenn Sie sich in der „Sozialen Stadt“ diese ganz Verfügungsfonds ansehen, bei denen nur sichergestellt wird, dass sie nicht für falsche Sachen ausgegeben werden, stellen Sie fest, dass diese Mittel hoch effektiv sind, weil die Menschen selber darüber bestimmen konnten. Das war auch der Schlüssel zu einem selbsttragenden Engagement, zu einer lebhaften Diskussion im Viertel.“



Dr. Ulrich Hatzfeld und Jürgen Leindecker

Jürgen Leindecker: „Ich will den Bürger für die Arbeit in seinem Wohngebiet faszinieren, in seiner Stadt, in seiner – Heimat.“

Michael von Zitzewitz: „Warum ist denn Stadtplanung so in der Hand des Staates? Weil wir ja doch vielleicht alle ganz froh sind, dass der Staat sich der Sache annimmt. Denn es ist schon mühsam, einen Konsens in der Planung zu finden.“

Dr. Ulrich Hatzfeld: Die Initiative Nationale Stadtentwicklungspolitik wäre für mich dann erfolgreich, wenn sie konkret wird. Wenn es etwa in 50 bis 60 Städten Bürgerstammtische für Denkmalschutz oder für bessere Spielplätze gibt.

Jürgen Leindecker: „Und wenn sich die große Politik mit diesem Diskussionsforum, das wir heute beginnen, in die Diskussion einbringt und auch Foren auf Bundesebene schafft, dann schafft dieser Kongress etwas ganz Wichtiges: ein Klima für Bürgerengagement.“

Dr. August Ortmeier: „Wie kann Wirtschaft helfen? Es gibt zum Beispiel Business Improvement Districts, wo es darum geht, dass Gewerbetreibende und Grundeigentümer ihr Schicksal in die Hand nehmen, nicht immer warten, bis die Stadt oder der Staat aktiv wird. Sie sagen: Wir nehmen jetzt Geld in die Hand, wir entwickeln Ideen und versuchen, unser unmittelbares Umfeld aufzuwerten.“

Das war in vergangenen Zeiten, in denen es freiwillig war, immer ein Problem. Jetzt muss man mitmachen. Und das ist eine ganz wichtige Initiative.“

Welche Rolle spielt die Wissenschaft?

Prof. Peter Zlonicky: Ich denke, dass eine Universität auch eine Verantwortung für den Raum hat, für den Standort also, an dem sie arbeitet. Und wenn sie diese Verantwortung nicht wahrnimmt, dann wird auch die Universität selbst nicht wahrgenommen werden.

Dr. Ulrich Hatzfeld: Ich halte es eigentlich für unverzichtbar, dass wir es schaffen, das Engagement der Studierenden, der Hochschulen und der Hochschullehrer enger an die konkrete, praxisbezogene Stadtpolitik zu binden.



Michael von Zitzewitz



Dr. August Ortmeier und Prof. Peter Zlonicky

Unsere Städte: Motoren der Modernisierung

Podiumsdiskussion mit den bau- und wohnungspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen

Teilnehmende (v. l. n. r.)

Patrick Döring,
FDP

Franziska Eichstädt-Bohlig*,
Bündnis 90/Die Grünen

Peter Götz,
CDU/CSU

Achim Großmann (Moderation),
Parlamentarischer Staatssekretär,
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Heidrun Bluhm,
PDS/Linke

Petra Weis,
SPD



Die Städte sind die konkreten Austragungsorte von ökonomischer und sozialer Modernisierung, auf der Ebene der Städte und Stadtteile werden Konflikte bewältigt, aber auch innovative Instrumente entwickelt und erprobt. Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik versucht von der Bundesebene aus zu unterstützen, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und die Diskussion über Stadt zu intensivieren. Wie sehen die Mitglieder des Deutschen Bundestages Stadtentwicklungspolitik? Wie sehen sie vor dem Hintergrund ihrer eigenen persönlichen Stadterfahrungen im Wahlkreis die zukünftige Rolle des Bundes?

Stadtentwicklung vor Ort

Heidrun Bluhm: „Wir brauchen Moderation für die Bürgerinnen und Bürger, die in unseren Städten wohnen. Für die müssen wir nachhaltige Stadtpolitik machen. Da setze ich einen Akzent, dass es lebenswert sein muss, in diesen Städten zu wohnen, weil sich die sozialen und ökologischen Problemfelder insbesondere in den Städten zeigen. Und da brauchen wir mit unseren Bürgerinnen und Bürgern den Dialog, Leitbilddiskussionen und Entwicklungsperspektiven.“

Franziska Eichstädt-Bohlig: „Das Beispiel „Soziale Stadt“ ist meiner Meinung nach deswegen so gelungen, weil es ein paar grundsätzliche Aspekte erfüllt, die ich mir wünsche. Unsere Städte müssen strukturell dazulernen. Das erste ist, dass sehr viel flexibler auf die Probleme reagiert wird. Das zweite ist, dass mit den Bürgern zusammengearbeitet wird, und zwar verbindlich und im Selbstverständnis der Verwaltung; und das dritte – vielleicht ist das sogar das erste –, dass die Beteiligten endlich lernen, ressortübergreifend zu arbeiten.“

Es ist wichtig, dass der Berufs- und Politikstand, der sich ums Räumliche kümmert, den integrierten Ansatz nach vorne treibt: Die Sozialarbeit, die Bildung, die Jugendhilfe und und und, sie müssen lernen, das Sozialräumliche als den Ort wirklich ernst zu nehmen und sich darauf zu beziehen. Von daher ist die Verantwortung, sozialräumlich die Problemlagen zu strukturieren und im Stadtteil arbeiten zu können, einer der wichtigsten Punkte, der von unserem Berufs- und Politikstand in die anderen Felder aktiv hineingetragen werden muss. Deswegen wünsche ich mir natürlich am meisten die Ausweitung der Sozialen Stadt als „Normalverhältnis“ und nicht nur in besonderen Problemlagen.“

„Und wenn ich mit meinen Gemeinden rede, sagen die natürlich nicht ganz zu Unrecht: Je mehr Möglichkeiten, Instrumente Ihr als Bundespolitiker uns zur Verfügung stellt, je mehr Freiraum wir für die Gestaltung unserer Städte haben, desto mehr haben wir auch die Chance, von unten nach oben unsere Städte gemeinsam mit den Bürgern, aber auch gemeinsam mit den handelnden Akteuren wirklich zu gestalten.“

Peter Götz

Peter Götz: „Es gibt viele Kommunen, die sind gar nicht mehr in der Lage, die Komplementärmittel für diese Programme in die Hand zu nehmen, weil sie sie nicht mehr haben. Also infolge dessen brauchen die Kommunen einen bestimmten finanziellen Mindeststock.“

Petra Weis: „Vor Ort haben sie selbstverständlich viel davon, wenn wir das, was wir an Expertise, an Erfahrung, an Konzepten und in der Form einer Zielvereinbarung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden auf den Weg gebracht haben. Wenn wir im Nachhinein auch mit Rat und Tat zur Seite stehen, wenn es darum geht, die konkreten Projekte auszuformulieren, können beide Seiten gewinnen.“

Patrick Döring: „Man muss – das ist meine Erfahrung gerade beim Thema Innenstadtentwicklung – auch insbesondere die privaten Hauseigentümer, die Ladeninhaber, den Einzelhandel mitnehmen. Ohne die kann man noch so viele schöne Programme machen, und es wird nichts.“

Die Rolle des Bundes

Peter Götz: „Ich bin ein Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung. Und ich bin auch der festen Überzeugung, dass die Kommunen vor Ort ihre Probleme selber am besten lösen können. Das heißt, wir brauchen keine Vorschriften für die Kommunen, wie sie es zu tun haben, sondern wir

brauchen Angebote. Wir brauchen Instrumentarien, die jede Stadt für sich anwenden kann – und jede Stadt ist, Gott sei Dank, in unserem Land unterschiedlich, auch jeder Anspruch ist unterschiedlich. Deshalb halte ich wenig davon, dass wir vorgeben, wie die Stadt auszusehen hat, sondern das sollen die Bürger mit ihren direkt gewählten Verantwortlichen im kommunalen Bereich selber regeln. Das entbindet uns nicht von der Pflicht, als Bundesgesetzgeber Rahmenbedingungen zu setzen. Auch nicht, über Städtebaufördermittel und vergleichbare Programme nicht nur intensiv nachzudenken, sondern die Gelder auch zur Verfügung zu stellen!“

Petra Weis: „Ich glaube, dass wir eine nationale Stadtentwicklungspolitik brauchen. Denn bei aller Unterschiedlichkeit der Entwicklung in Stadt und Region ist doch die Frage: Wer bündelt das denn eigentlich? Wie definiert sich der Bund in diesem Netz? Wenn wir jetzt die Spinne sein wollten, die mittendrin sitzt und alles andere beherrscht, dann hätten wir wenig Spaß an der Freude. Ich glaube, dass unsere Partner auf den verschiedenen Ebenen der Politik, der Administration, natürlich auch der Bürgergesellschaft und der Wirtschaft nicht viel Freude an uns hätten. Aber wir haben uns gerade in den letzten Jahren alle darauf verständigt, nicht nur die Finanzmittel zu erhöhen und zu verstetigen – das ist natürlich die Basis all dessen, was wir tun. Ich finde, es muss auch unsere politische Aufgabe sein, das in Zukunft zu bewah-

ren. Aber wir haben auch bei der inhaltlichen Konzeption der Programme darauf reagiert, dass die Entwicklung eben so unterschiedlich ist.“

Franziska Eichstädt-Bohlig: „Deswegen bin ich nicht nur für kommunale Selbständigkeit, sondern immer auch dafür, dass die oberen Etagen die Rahmenbedingungen so setzen, dass für die unteren Etagen auch nachhaltiges Handeln möglich ist.“

Petra Weis: „In den nächsten Jahren sollten wir alle miteinander daran arbeiten, dass wir die finanzielle Basis der Programme stabilisieren, um Länder und Gemeinden in die Lage zu versetzen, den wichtigsten Problemen, die wir alle schon benannt haben, auch wirklich zu Leibe zu rücken.“

Patrick Döring: „Ich warne davor, nationale Stadtentwicklungspolitik als nationales Bevormundungsprogramm misszuverstehen. In diesem Sinne sollten wir versuchen, sie so auszurichten, dass die nationale Ebene ein Interesse daran haben muss, dass die Städte sich so verhalten, so arbeiten und politisch agieren, dass es den Räumen nützt, in denen sie sich befinden. Da müssen die Programme ansetzen: Sind eigentlich die Entwicklungstendenzen bei den kommunalen Entscheidungsträgern bekannt, haben sie verstanden, dass hier Umbau nötig ist? Dann bin ich auch dafür, dass nationale Programme vorgeben, wofür es Geld gibt und wofür nicht.“

Patrick Döring und Franziska Eichstädt-Bohlig



„Ich glaube, wenn wir es schaffen, diesen Spagat hinzubekommen, auf der einen Seite Rahmenbedingungen und Zielvorgaben zu definieren, aber auf der anderen Seite denjenigen handelnden Akteuren, die kommunalpolitische Verantwortung vor Ort tragen, den notwendigen Spielraum zu lassen, dann können wir die Transformation bewältigen.“

Peter Götz

Podiumsdiskussion

Heidrun Bluhm: „Ich denke, hier liegt auch eine große Verantwortung des Bundes, innerhalb Europas, der Europäischen Union dafür Sorge zu tragen, dass die besten Entwicklungsbedingungen auch für deutsche Städte gegeben sind. Und das ist eine Moderatorenfunktion, das ist eine Vorreiterfunktion, die der Bund sicherlich hier national auch in der Stadtbaupolitik wahrzunehmen hat.“

Petra Weis: „Es ist unverzichtbar, dass wir insbesondere bei den Programmen der „Sozialen Stadt“, aber auch beim Stadtumbau wirklich beispielhaft vormachen, was eigentlich die Zukunft der Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik überhaupt sein kann, stark in Netzwerken zu denken, in integrierter Politik.“

Heidrun Bluhm: Und da, denke ich, ist die Zeit des Ressortdenkens vorbei. Und das ist auch mein Wunsch an die Bundesregierung, darüber nachzudenken, tatsächlich auch übergreifende Förderprogramme in Angriff zu nehmen, wo alles ineinander greift, sowohl Wirtschaftsförderung als auch Infrastrukturförderung, als auch Sozialförderung, als auch Schul- und Kulturförderung, so dass wir in diesen ländlichen Regionen ein lebenswertes Leben sichern können.“



Peter Götz



Heidrun Bluhm



Petra Weis



Achim Großmann



Schritte zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Ziele und Perspektiven

Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

„Überall in Europa haben sich Städte ungeachtet aller Differenzen als Motoren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung bewährt. Wir müssen das Thema Stadt stärker in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit der Politik rücken. Es ist unverzichtbar, dass wir auf nationaler, europäischer, aber auch regionaler und lokaler Ebene versuchen, den Diskurs über die Städte zu führen.“

In Deutschland leben zwei Drittel der Menschen in großen, mittleren und kleinen Städten. In den Städten entstehen drei Viertel unseres Bruttoinlandsproduktes: „Geht es den Städten schlecht, geht es unserem Land schlecht.“ Städte sind die unverzichtbare Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft. Deutschland wird international nur wettbewerbsfähig bleiben können, wenn die Leistungsfähigkeit der kleinen, mittleren und großen Städte gesichert und weiter verbessert wird. Die Bedeutung von Städten nimmt im Zuge der Entwicklung zur Wissenschaftsgesellschaft weiter zu: Sie sind die notwendigen Netzknoten, das Substrat für kreative Milieus, die Innovation in Gesellschaft und Wirtschaft hervorbringen. „Die Zukunft der Stadt ist deshalb ein öffentliches, ein gesellschaftlich relevantes Thema.“ Es geht um die Stärkung des Bewusstseins für das Thema Stadt in der breiten Öffentlichkeit und in der Politik zur Schaffung von Akzeptanz und Beteiligung.

Die Herausforderungen liegen insbesondere in den zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Polarisierungsprozessen in den Städten, zwischen den Stadtteilen und zwischen Stadt und Stadtregion. Ab- und Aufwärtsspiralen sowie Wachstum und Schrumpfung sind häufig gleichzeitig ablaufende Prozesse zum Teil in enger räumlicher Nachbarschaft – in Stadt und Land.

Mit der Leipzig Charta – die auf dem EU-Ministertreffen am 24. Mai 2007 in Leipzig von allen 27 Mitgliedstaaten angenommen wurde – wird gefordert, unsere sektoralen Perspektiven in der Politik stärker räumlich zu denken und eine Koordinierungsleistung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht zu erbringen. „Die Integrationsaufgabe ist eine Kernaufgabe moderner Stadtentwicklungspolitik. Und das ist eine große Herausforderung, die Veräumlichung sektoraler Politiken, damit wir in den Quartieren, in den Stadtteilen, in den Städten und Stadtregionen arbeiten können.“

„In Deutschland gibt es bisher, wenn überhaupt, eine nur zaghafte inhaltliche Pointierung der Stadtentwicklungspolitik des Bundes. Wenn der Bund Geld gibt, hat er unserer Ansicht nach auch die Aufgabe, Ziele, Projekte, Konzepte mit dieser finanziellen Unterstützung zu verbinden. Und wir haben in der Föderalismusreform gelernt, dass wir

die Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden und die Städtebauförderung inhaltlich neu strukturieren müssen. Wir müssen sie fokussieren. Wir müssen sie evaluieren, immer wieder überprüfen, ob auch die Ziele tatsächlich erreicht werden. Wir wollen kein Endlosprogramm, sondern wir wollen überschaubare Programmzeiträume.“

Was können Inhalte einer nationalen Stadtentwicklungspolitik sein?

- Integration muss die Kernaufgabe einer nationalen Stadtentwicklungspolitik werden: integriertes und gebietsbezogenes Herangehen. Dazu wurden mit dem Programm Soziale Stadt und der damit erprobten ressortübergreifenden Bündelung bereits Synergien geschaffen, die Vorbildcharakter haben.
- Demografischer Wandel: Anpassung der Städte an geänderte Anforderungen, Stichworte generationsübergreifendes Zusammenleben, Entwicklung neuer urbaner Wohnformen, altengerechte Quartiere, familienorientiertes Wohnen
- Identität der europäischen Stadt: die Unverwechselbarkeit, die Vielfalt und die städtebaulich hohe Qualität sind prägende Merkmale der europäischen Stadt – ihre Weiterentwicklung ist ebenfalls eine Kernaufgabe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.
- Engere Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist die Basis jeder erfolgreichen Stadtentwicklungspolitik.
- Ausbau von Aktionspartnerschaften zwischen privaten und öffentlichen Akteuren: Zusammenführen von innovativen Ideen und finanziellen Ressourcen
- Klimawandel: klimagerechter Stadtumbau, Senkung des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, Reduzierung des Flächenverbrauchs etc., Thema Verkehr: Reduzierung von Schadstoffemissionen, Mobilitätsmanagement, „Stadt der kurzen Wege“
- Baukultur: Die Qualität von Architektur und Städtebau muss gesichert werden und öffentliches Interesse wecken können.
- Regionale Kooperation, Städtenetze: der Netzwerkgedanke der regionalen Kooperation spielt gerade vor dem Hintergrund von Schrumpfungs- und Umverteilungsprozessen eine wichtige Rolle.



„Wir werden nur dann international dauerhaft bestehen können, wenn wir die Leistungsfähigkeit unserer kleinen, mittleren und großen Städte weiter verbessern und sichern. Die Zukunft der Stadt ist deshalb ein öffentliches, ein gesellschaftlich relevantes Thema.“

Dr. Engelbert Lütke Daldrup

- Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geht es nicht mehr nur um Städtebaupolitik, sondern um das ganze Feld der Interessen einer Stadtgesellschaft – über Fach- und Kompetenzgrenzen hinaus. Es geht darum, Programme in ihrer räumlichen Dimension zu diskutieren.
- Erste Ansätze für Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind in Vorbereitung.

„Wir werden auf Bundesebene Fragen, die in der Diskussion angeklungen sind, öffentlich diskutieren. Wir wollen dazu kommen, den Diskurs, den wir bisher im Wesentlichen in Fachzirkeln führen, in die Öffentlichkeit zu heben und auch andere an diesem Diskurs zu beteiligen.“ Denn: „Stadtentwicklung kann nur dann erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger durch Aktionen, Ereignisse, Informationen zur Mitwirkung motiviert werden, ihre Erfahrungen einbringen können. Wir wollen auch Bürgergruppen ganz explizit zum Adressaten von Stadtentwicklungspolitik machen.“



Projektaufruf – Interessenbekundung

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik zielt auf neue Ideen und neues Engagement. Deshalb will sie auch Projekte umsetzen, die die Praxis der Stadtentwicklungspolitik in der Bundesrepublik anregen und eine öffentliche Diskussion über die Zukunft unserer Städte und Regionen auslösen können.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat daher im Rahmen des Auftaktkongresses die Initiative ergriffen und zur Abgabe von Projektvorschlägen aufgerufen. Basierend auf der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ und dem Memorandum „Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik“ können zu folgenden inhaltlichen Schwerpunkten bzw. handlungsstrategischen Ansätzen Interessenbekundungen eingereicht werden, die ab Ende 2007 aus Mitteln der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt werden.

Weitere Informationen unter www.bmvbs.de

Integrierte Stadtentwicklung

Verfahren zur Koordinierung von Fachpolitiken und Ressorts; verbesserte Abstimmung öffentlicher und privater Investitionen auf- und untereinander; räumliche, sachliche und zeitliche Integration städtischer Politikfelder.

Stadtregionale Kooperation

Entwicklung kooperativer, wirkungsvoller Governance-Strukturen; Beispiele interkommunaler, auch grenzüberschreitender Kooperation, Übernahme von Verantwortung für territorialen Zusammenhalt.

Aktivierung neuer (zivilgesellschaftlicher) Partnerschaften

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Quartier; vorbildliche Modelle einer sozialräumlichen Integration.

Haushälterisches Bodenmanagement

Beispiele für intelligentes Flächenmanagement und ressourcenbewussten Umgang mit Siedlungsfläche; innovativer Umgang mit den unterschiedlichen Flächenansprüchen in der Stadt; optimierende Ausnutzung innerstädtischer Flächen und Förderung der Innenentwicklung.

Vorausschauender Umweltschutz und Steigerung der Energieeffizienz

Beispielhafte Umsetzung von Umweltqualitätszielen, z. B. durch ökologisch orientierte Anpassung des Baubestandes, innovative Strategien gegen den drohenden Klimawandel; Beispiele für Ertüchtigung

und Anpassung von technischen Infrastruktursystemen.

Familien- und altersgerechte Wohnungsangebote

Beispielhafte Handlungsansätze für attraktiven, bedarfsgerechten und preisgünstigen Wohnraum im Neubau und Bestand - dazu gehören auch Quartiers- und Nachbarschaftsprojekte, Erneuerung und Nachverdichtung in Siedlungsbeständen der Nachkriegszeit. Weiterentwicklung von Großwohnsiedlungen; Modelle für präventive und/oder remediale Maßnahmen für bedrohte Wohnquartiere.

Stadtverträgliche Mobilität

Integrierte Verkehrskonzepte mit konkreten Maßnahmen zur Reduzierung und Steuerung des Verkehrs; Beispiele für nachhaltige Stadtverkehrssysteme mit abgestimmten Verbindungen zu stadt- und überregionalen Verkehrssystemen; neue Ansätze im Verkehrsmanagement und der Verknüpfung der Verkehrsträger einschließlich des Rad- und Fußgängerverkehrs.

Aktivierende Innovations- und Bildungspolitik

Wissen entsteht zum großen Teil in Städten und wird auch dort vermittelt: Beispiele für eine optimale Nutzung des Wissenspotenzials; Modelle für Transfer-Netzwerke zwischen Schulen, Wirtschaft, Ausbildung und Wissenschaft; Angebote für lebenslanges Lernen.

Standortsichernde Wirtschaftsförderung

Beispiele für Maßnahmen der Berufsqualifizierung und Beschäftigung. Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen für örtliche Unternehmen, Schaffung von Voraussetzungen für zukunftsweisende Neuan siedlungen. Einbindung der lokalen Strategien in regionale Konzepte.

Qualitätvolle öffentlicher Räume und Innovative Planungs- und Baukultur

Öffentliche Räume, urbane Kulturlandschaften, die Qualität von Architektur und Städtebau spielen für das Leben in der Stadt eine zentrale Rolle. Diese weichen Standortfaktoren sind wichtig für Unternehmen, qualifizierte Arbeitskräfte und Tourismus. Im Zusammenwirken von Architektur, Infrastruktur- und Stadtplanung müssen attraktive, nutzerorientierte öffentliche Räume mit hohem baukulturellen Niveau zu schaffen. In innovativen Verfahrenskonzepten sollen neue Formen der Kooperation, vorbildhafte Beispiele für Experimente im Planungs- und Bauprozess und Modelle der Qualitätssicherung erprobt und die Bevölkerung stärker als bisher einbezogen werden.



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Kongress in Zusammenarbeit mit:

Bauministerkonferenz – Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen
zuständigen Minister und Senatoren der Länder (ARGEBAU)
c/o Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz bei der Vertretung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hiroshimastraße 12 - 16
10785 Berlin

Deutscher Städtetag
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin

Text/Redaktion/Gestaltung

Büro Kaufmann, Leipzig:
Dipl.-Ing. Andreas Kaufmann
und
ProProjekt Planungsmanagement & Projektberatung GmbH, Frankfurt am Main:
Dipl.-Ing. Stefan Klos, Dr. Marcus Gwechenberger, Dipl.-Ing. Katrin Ninck

Foto/Bildnachweis

Jens Schicke, Berlin

Veranstaltungsmanagement:

IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH, Münster

Druck

Hennig Druck GmbH, Markkleeberg

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie. <http://dnb.ddb.de>